

Gemeinderat von Zürich

26.09.01

Postulat

von Niklaus Scherr (AL)

GR Nr. 2001 / 477

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, einen Betrag von Fr.100'000.- für ein spezielles Nothilfe-Projekt eines Schweizer Hilfswerks in Afghanistan bereitzustellen, beispielsweise für Witwen oder Waisenkinder während den Wintermonaten.

Begründung:

Die USA drohen mit einem Militärschlag gegen das Taliban-Regime in den nächsten Tagen oder Wochen. Diese Drohung hat bereits eine Katastrophe ausgelöst: Aus Angst vor Vergeltungsaktionen arabischer Taliban-Kämpfer haben sich die ausländischen Vertreterinnen und Vertreter der Hilfswerke aus Afghanistan zurückgezogen. Teile der Bevölkerung flüchten aus den Städten, die Grenzen sind jedoch geschlossen. Das Land, das seit drei Jahren unter einer extremen Dürre leidet und seit 23 Jahren von Krieg zerrissen ist, hat Flüchtlingen nichts mehr zu bieten. Die Menschen haben weder Transportmittel noch Essensvorräte. Über 5 Millionen Menschen überleben nur wegen der Nahrungsmittelhilfe von internationalen Hilfswerken. Jede militärische Handlung kann die Lage nur verschlimmern.

In einigen Wochen beginnt in Afghanistan der Winter. Was unter normalen Umständen schon hart ist, wird bei weitgehender Abwesenheit der grossen Nahrungsmittelprogramme zum nackten Kampf ums Überleben, vor allem für diejenigen Teile der Bevölkerung, die ohnehin benachteiligt sind: beispielsweise Witwen mit ihren Kindern. Nach 23 Jahren Krieg gibt es in Afghanistan viele Witwen (50'000 in Kabul). Da sie vom öffentlichen Leben ausgeschlossen sind, ist es ihnen praktisch unmöglich, sich ein Einkommen zu verschaffen – es sei denn, sie schicken ihre Kinder zum Betteln.

Nachdem die Uno seit einem Jahr verzweifelt nach mehr Mitteln für das gebeutelte Land gesucht hat, ist die internationale Hilfe angesichts der drohenden Militärintervention und des Flüchtlingsstromes mittlerweile angelauten. Es ist deshalb weniger sinnvoll, in einen allgemeinen Topf eine Spende zu legen; dagegen soll ein spezielles Projekt unterstützt werden, das sich an einen Teil der Bevölkerung wendet, der sonst kaum an internationale Hilfe gelangt: beispielsweise Witwen, oder die Bewohnerinnen und Bewohner einer abgelegenen Region.

Damit soll ein Zeichen gesetzt werden, dass wir die Aufreibung der Bevölkerung Afghanistans zwischen den Taliban und der US-Armee nicht einfach akzeptieren.

Antrag auf dringliche Behandlung